

CLEMENT R. ATTLEE

## England und Amerika: Gemeinsame Ziele, verschiedene Wege

Mit dem folgenden Artikel von Clement R. Attlee, ehemaliger Premierminister, jetzt Oppositionsführer im Britischen Unterhaus, wird die Diskussion über das englisch-amerikanische Verhältnis fortgesetzt. Der Abdruck des Artikels, erschienen in der amerikanischen Zeitschrift „FOREIGN AFFAIRS“ (Januar 1954), erfolgt mit Genehmigung des Verlages.

Ich wurde gebeten, mich über die Gründe für die Mißverständnisse zwischen dem englischen und dem amerikanischen Volk zu äußern. Dies ist ein ziemlich heikles Thema, denn jede Kritik an den Vereinigten Staaten könnte von Personen, denen nichts an einer Freundschaft zwischen den beiden Völkern liegt, aus dem Zusammenhang gerissen und als Beweis dafür verwendet werden, daß ich persönlich den Vereinigten Staaten mit unfreundlichen Gefühlen gegenüberstehe. Das ist ganz falsch. Ich halte es daher für angebracht, erst einmal festzustellen, daß die große Nation jenseits des Ozeans immer meines aufrichtigen Wohlwollens sicher war und daß ich dankbar den großen Beitrag Amerikas während und nach dem Kriege zur Förderung jener demokratischen Ideale anerkenne, die beiden Ländern teuer sind. Außerdem habe ich viele amerikanische Freunde, unter denen sich sowohl Demokraten als auch Republikaner befinden.

Viele Jahre vertrat ich die Ansicht, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Zweigen englischsprechender Völker von wesentlicher Bedeutung für den Frieden der Welt und für die Verteidigung der Demokratie ist. Ich weiß, daß diese Ansicht vom größten Teil des englischen Volkes ungeachtet seiner politischen Überzeugung geteilt wird. Diese Zusammenarbeit hängt nicht nur von dem Einvernehmen zwischen den Regierungen, sondern von dem gegenseitigen Verstehen der Völker ab, denn in beiden Ländern ist die öffentliche Meinung auf die Dauer gesehen der entscheidende Faktor.

Selbst da, wo weitgesteckte Ziele sich decken, ist es unvermeidlich, daß hin und wieder auf internationalem Felde in besonderen Fragen Meinungsverschiedenheiten zwischen Verbündeten aufkommen müssen, und dies geschah zwischen England und den Vereinigten Staaten. Im all-

gemeinen wurden die Meinungsverschiedenheiten beigelegt, wenn es auch manchmal nicht ohne Reibungen abging, zurück bleibt aber eine gewisse Gereiztheit und ein Gefühl des Bedauerns darüber, daß die eine Partei nicht den Standpunkt der anderen teilen kann. In solch einem Stadium werden alte Erinnerungen wieder wach und alter Streit wieder lebendig, gerade so als ob zwei Völker Unstimmigkeiten miteinander haben, und in ihrem Verlaufe bringt jeder wieder den alten Verdruß vor, von dem der andere hoffte, er wäre in Vergessenheit geraten.

Aus diesem Grunde lohnt es sich, die Ursachen für diese Mißstimmigkeiten näher anzuschauen. Es würde natürlich von mir anmaßend sein zu versuchen, über die Gefühle der Amerikaner auszusagen, doch muß ich wenigstens zu erkennen geben, daß ich mir ihrer bewußt bin, sonst würde der Artikel den Eindruck hervorrufen, als stelle er nur eine Aufzählung englischer Klagen dar.

Wir sollten uns zuerst darüber klar werden, was die Völker voneinander erfahren. Um sich darüber zu unterrichten, halte ich es für das beste, sich davon zu überzeugen, was in der Schule gelehrt, was im Kino gezeigt und in den Zeitungen geschrieben wird.

Wenn die amerikanische Geschichte auch nicht die Kolonialperiode vernachlässigt, so hält sie sie doch nur für ein vorbereitetes Stadium für das Entstehen der Vereinigten Staaten als selbständiger Staat. Sie neigt dazu, erst mit der Bostoner Tee-Gesellschaft, mit der amerikanischen Revolution, mit Georg dem Dritten und dieser ganzen Periode zu beginnen. Das Bild, das sich der junge Amerikaner von England macht, beginnt mit diesem Kampf eines freiheitliebenden Volkes gegen eine tyrannische imperialistische Kolonialmacht.

Für den Engländer jedoch, dessen Geschichte mindestens bis auf das Jahr 1066 und auf alle

damit zusammenhängenden Ereignisse zurückgeht, ist der Aufstand der amerikanischen Kolonien eine bedauerliche Episode. Er lernt, daß Georg der Dritte und seine Minister dumm waren und Unrecht hatten. Lord North wird verurteilt und Chatham gepriesen. Er lernt, daß der Verlust Amerika Schule gemacht hat wie die folgende Entwicklung des englischen Commonwealth in einem Verband gleichberechtigter freier Staaten bewiesen hat. Für ihn ist die amerikanische Revolution eine alte unglückselige Geschichte, die weit zurückliegt, für den Amerikaner jedoch ist sie als Geburtsstunde einer Nation immer noch lebendig. Völker vergessen die unerfreulichen Ereignisse gerne. Der Durchschnittsengländer würde gern einige Perioden seiner Geschichte vergessen, besonders die räuberischen Phasen des britischen Imperialismus, gerade ebenso wie wohl die Amerikaner sich nicht gerne an den mexikanischen Krieg erinnern.

Es ist schwer den Einfluß dessen abzuschütteln, was man in der Kindheit gelernt hat. Ich habe sehr gebildete Amerikaner kennengelernt, die die Entwicklung des Britischen Empire zum freien Commonwealth nicht verstanden. Vor gar nicht langer Zeit hielt einer meiner Freunde einen Vortrag vor New Yorker Geschäftsleuten und wurde dabei gefragt, wieviel Steuern Kanada an England zahle. Noch immer ist diese Auffassung von England als einer imperialistischen Kolonialmacht, die große Teile der Welt ausbeutet, weitverbreitet. Sie ist der Anlaß zu Mißtrauen, das der ganzen englischen Politik entgegengebracht wird. Ich glaube, daß selbst Präsident Roosevelt nicht ganz frei von diesem Vorurteil war.

Der Brite jedoch erlebte die ständig wachsende Zahl sich selbst regierender Staaten in den überseeischen Gebieten, zuerst der Kolonien, die von Leuten europäischer Herkunft bewohnt wa-

ren, dann der großen asiatischen Länder, Indien, Pakistan und Ceylon, dann schrittweise der afrikanischen Kolonien wie der Goldküste und der Inseln im Karibischen Meer. Er weiß, daß viele dieser Kolonien jahrelang nur mit Verlust für das Mutterland regiert wurden. Er kam dazu, die Kolonialvölker nicht als Ausbeutungsobjekte sondern als Subjekte einer treuhänderischen Verwaltung zu betrachten, und er hat das Gefühl, mißverstanden zu werden. Tatsächlich wird er manchmal durch ein, wie er meint, gewisses Maß an Selbstgerechtigkeit von Leuten verärgert, die keine Verantwortung zu tragen haben.

Er ist geneigt daran zu erinnern, daß das Britische Empire in den alten Kolonialtagen amerikanischen Händlern und Missionaren offenstand, während England die Last an Blut und Gut trug, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und um für die Einrichtung einer geordneten Regierung zu sorgen. Er fühlt, daß England in diesen Angelegenheiten doch wohl über eine außerordentlich große Erfahrung verfügt und daß der Durchschnittsamerikaner manchmal Grundsätze geltend macht, ohne die entsprechenden Kenntnisse zu haben. Nach seiner Ansicht glaubt mancher Amerikaner, daß alle Kolonialvölker das gleiche Stadium erreicht haben wie einst die 13 nordamerikanischen Kolonien, nämlich, daß sie reif für die Selbstregierung seien.

Die Amerikaner jedoch können ihrerseits den vollkommen gerechtfertigten Vorwurf erheben, daß die englischen führenden Schichten, oder wenigstens ein Teil von ihnen, sich den Amerikanern gegenüber herablassend und überlegen gebärdeten, was zweifellos sehr aufreizend wirkte. Diese Einstellung ist aus Zeitungen aus dem 19. Jahrhundert ersichtlich. Die gleichen Leute waren natürlich nicht weniger erzürnt über die Ansprüche ihrer eigenen Landsleute aus den arbeitenden Klassen. Seit jener Zeit haben sich die Dinge weitgehend geändert, aber nur langsam stirbt die Legende vom edlen englischen Lord. Gleiche Fehler werden auch hier in England gemacht. Es gibt Leute in der Labour- und sozialistischen Bewegung, die ernsthaft davon überzeugt sind, daß die gesamte amerikanische Politik von Wall Street aus diktiert wird. Hinter jeder Bewegung auf dem internationalen Schachbrett wird der verborgene Einfluß der amerikanischen Finanzwelt vermutet. Ich glaube, das entspringt der menschlichen Neigung, Feinde als teuflisch klug und gewissenlos auszumalen, die im Geheimen Böses schmieden. Der Wall Street-Bande gut angezogener Kapitalisten, die den Untergang des Arbeiters planen, entspricht das Bild von den blutdürstigen „Roten“ der Labour-Partei. Man könnte einwenden, daß nur Unwissende diese Fehler begehen, aber sie sind ein Stück des allgemeinen Bildes.

Ein ähnlicher Mythos rankt sich um die englische Diplomatie, ja sogar um jedes Mitglied einer europäischen diplomatischen Mission. Sie gelten als außergewöhnlich klug und erfahren, bereit, dem unschuldigen Amerikaner ein X für ein U vorzumachen. Die Parallele hierzu ist die englische Ansicht vom amerikanischen Geschäftsmann, der unserem heimischen Produzenten weit

überlegen sei und bestimmt vom klugen Yankee überspielt werde.

Einer der Gründe für die Mißverständnisse kommt seltsamerweise von der Tatsache, daß wir die gleiche Sprache sprechen. Beide, der Engländer und der Amerikaner, erwarten, daß sie einander viel ähnlicher sind, als es in Wirklichkeit der Fall ist. Unterschiedliche Tradition und Umgebung sorgen für eine wachsende Verschiedenartigkeit in vielen Gesichtspunkten, aber jede Seite zeigt sich darüber leicht überrascht und verletzt. Der Engländer neigt dazu zu vergessen, daß sehr viele Amerikaner, die perfekt Englisch sprechen, kontinentalen Ursprungs sind — nämlich aus Deutschland, Polen oder woher sie auch kommen. Sie kamen in den amerikanischen Schmelztiegel und wurden gute Amerikaner, aber sie schauen zurück nach anderen Ländern — nicht nach England.

## Konkrete Probleme englisch-amerikanischer Beziehungen

Ich möchte mich jetzt mit einigen praktischen Problemen der englisch-amerikanischen Beziehungen befassen. Da ist zuerst das Problem der Handelsbeziehungen. Die industrielle Struktur Englands, die während des 19. Jahrhunderts entwickelt wurde, macht den Außenhandel zu einer Lebensnotwendigkeit. England hat eine außerordentlich mannigfaltige Industrie und muß sich seine Absatzmärkte in der ganzen Welt suchen. Es muß immer neue Wege finden, weil die Industrialisierung jüngerer Länder die alten Wege blockiert. England muß seine Erzeugnisse und Dienste im Auslande verkaufen, um Nahrungsmittel und die wichtigsten Rohstoffe einzukaufen. Die Vereinigten Staaten hingegen sind eine kontinentale Macht mit ungeheuren Rohstoffquellen. So groß auch ihr Außenhandel ist, so hat er doch an der industriellen Produktion nur einen geringen Anteil.

Es ist schwer für einen Durchschnittsamerikaner, glaube ich, die Lage Englands klar zu erfassen; noch schwerer dürfte es sein, die katastrophalen Auswirkungen zweier Kriege auf die englische Wirtschaft zu erkennen. Ich war Premier-Minister, als der Pacht- und Leihvertrag plötzlich beendete wurde. Unsere ganze Wirtschaft war für die Kriegsproduktion von Munition auf Hochtouren gebracht und auf Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wirtschaft abgestimmt worden. Wir mußten unseren Überseehandel vernachlässigen. Innerhalb einer sehr kurzen Frist änderte sich die ganze Sachlage. Wir waren den Vereinigten Staaten und Kanada für die großzügige Hilfe dankbar, aber wir hatten die Absicht, uns von den Schulden zu befreien und unser Leben selbst zu verdienen. Der einzige, uns hierzu verbleibende Weg war der, unsere Waren und die Erzeugnisse der Commonwealth und des Empire zu verkaufen, aber hier stießen wir auf die protektionistische Wirtschaft Amerikas.

Uns will es scheinen, als ob die Amerikaner, obgleich sie mit uns darüber einig sind, daß wir Handel und keine Hilfe wollen, uns doch nicht helfen, dieses Ziel zu erreichen. Ich bin mir natür-

Nicht nur der geographische Standpunkt ist ein anderer, sondern auch, wie ich glaube, der ideologische und der historische. Neulich begegnete ich einem interessanten Beispiel, das bewies, wie die gleiche Tatsache zwei Völkern in ganz verschiedenem Lichte erscheinen kann. Ich erhielt einen Schmähbrief von einem Amerikaner, der mich undankbar nannte, weil ich Amerika kritisierte, während ich doch Amerika gegenüber voll demütiger Dankbarkeit sein müsse, weil es innerhalb zweier Kriege England rettete, nachdem dieses viel verpfuscht hätte. Ich verstand seinen Standpunkt, aber ein Engländer gleichen geistigen Niveaus würde einem Amerikaner entgegnet haben: „Ist Ihnen denn nicht klar, daß wir in zwei Kriegen zur Verteidigung der Zivilisation die Wucht der ersten Angriffe aushielten und die Festung verteidigten, bis Ihr bereit wart einzugreifen?“

lich der Schwierigkeiten bewußt, denen jede Regierung in der traditionellen protektionistischen Atmosphäre der Vereinigten Staaten begegnet, wenn sie sich den Forderungen nach Protektionismus widersetzt, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß für uns die Lage schwierig ist. Auch die dauernd an die Europäer gerichteten Beschwörungen, sich zusammenzuschließen und alle Handelshindernisse zu beseitigen, scheinen mir dazu in einem gewissen Widerspruch zu stehen. Wir sind geneigt zu denken: „Arzt, heile dich selbst.“

Weiterhin scheint es mir inkonsequent zu sein, Zölle und andere protektionistische Maßnahmen wie den Battle Act aufrecht zu erhalten bei gleichzeitiger Forderung an England, seine Präferenzzölle innerhalb des Commonwealth und der Kolonien aufzugeben, zu dem geheiligten Zwecke, den Handel von allen Fesseln zu befreien. Wir vermögen nicht einzusehen, daß die einfache Tatsache, daß die Teile des englischen Commonwealth durch das Meer voneinander getrennt sind, während die amerikanischen Staaten dagegen Teile einer einzigen Landmasse sind, den ganzen Unterschied ausmacht. Wenn wir jedoch den Standpunkt Amerikas anerkennen, daß Schutzzölle für es unerläßlich sind, dann wenden wir uns eben der übrigen Welt zu. Viele Leute werfen uns vor, daß wir die freie Welt verraten, wenn wir mit den Ländern hinter dem ‚Eisernen Vorhang‘ Handel treiben. Obgleich wir nun aber die von den Vereinten Nationen gestellten Bedingungen strikt einhalten wie zum Beispiel in der Frage der Versorgung Chinas mit Munition, werden wir angegriffen, weil wir den Handel in nicht-kriegswichtigen Gütern fortsetzen. Auf diese Weise sehen wir uns vom Westen und vom Osten abgeschnitten. Japan und andere Staaten jedoch treiben Handel mit China, ohne daß deshalb Lärm geschlagen wird. Aber hiermit rühre ich an die chinesische Frage, auf die ich später eingehen möchte.

Ich bin der Überzeugung, daß jedermann in England anerkennt, mit welcher Großzügigkeit

die Vereinigten Staaten uns und auch anderen Ländern, die unter dem Kriege gelitten haben, geholfen haben, doch waren manchmal mit der Hilfe „Beschränkungen“ verbunden, die wohl im Interesse Amerikas auferlegt worden waren. Daher das Gerede in gewissen Kreisen vom sogenannten „Dollar“-Imperialismus, womit der Einfluß der wirtschaftlichen Macht Amerikas auf die Politik anderer Länder gemeint wird. Dies scheint manchem Amerikaner eine ganz natürliche Sache

## Europäische Belange

Ich glaube nicht, daß es irgend jemanden gibt, der unterschätzt, was die Vereinigten Staaten im Kriege leisteten und was sie dazu beitrugen, die Welt in der Nachkriegsperiode zu stabilisieren. Der Marshall-Plan ist hierfür ein Beispiel. Die Beteiligung Amerikas an der NATO ein weiteres. Es bestand tatsächlich die Gefahr, daß sowjetischer Imperialismus ganz Europa überrennen würde, so wie er schon zum Diktator Osteuropas geworden war. Es darf jedoch offen gelassen werden, ob nicht ein größerer Teil Europas vom russischen Joch hätte gerettet werden können, wenn die Personen, die die Politik der Vereinigten Staaten kontrollierten, eine größere Kenntnis der europäischen Lage gehabt hätten.

Jeder kennt die Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Amerika über strategische Fragen gegen Ende des Krieges. Diese Meinungsverschiedenheiten bezogen sich nicht nur auf die militärischen Theorien sondern auch auf die internationale Politik. Nach unserer Ansicht war der Vormarsch von Italien aus nach Österreich hinein ein vernünftiger Vorschlag und zwar nicht allein aus strategischer Sicht, sondern um die mittel- und osteuropäischen Staaten davor zu bewahren, sowjetrussische Satelliten zu werden. Tatsächlich aber war es so, daß Rußland in die Lage versetzt wurde, die Rolle als Befreier Ungarns, der Tschechoslowakei und anderer Staaten von den Deutschen zu spielen, und den Kommunisten wurde die Möglichkeit gegeben, sich zu Herren dieser Länder zu machen. Ich glaube nicht, daß sich die amerikanischen Staatsmänner dieser Gefahr in genügendem Maße bewußt waren. Sie waren, wie ich in Potsdam erlebte, nur zu gerne bereit zu glauben, mit Rußland zu einer Übereinkunft kommen zu können. Ich bin davon überzeugt, daß einige Amerikaner sogar der Ansicht waren, daß der englische Plan von imperialistischen Gedanken bestimmt wurde.

Ich glaube, es fehlte etwas an Verständnis für die europäischen Belange, was begreiflich ist. Denn schließlich bemühten sich die Vereinigten Staaten während einer langen Zeit, sich von Europa zu distanzieren und sich aus seinen wirren Verhältnissen herauszuhalten, während uns unsere geographische Lage und der Verlauf unserer Geschichte enger an den Kontinent banden. So wurden zum Beispiel verschiedene Pläne für die europäische Integration befürwortet — auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet — und gelegentlich zeigte sich Ungeduld, als europäische Staaten sich sträubten, ihre Souveränität miteinander zu verschmelzen. Nach meiner Ansicht

zu sein. Er sagte: „Diese Leute sind uns durch unsere Anleihen verpflichtet, warum sollten wir daran keine Bedingungen knüpfen?“ Hier aber ergehen sich Widersprüche zwischen der wirtschaftlichen Praxis und den internationalen Beziehungen. Die Lage des Hilfgewährenden und des Hilfeempfangenden ist schon bei Einzelpersonen immer schwierig; sie ist viel schwieriger bei Staaten. Ich glaube, daß es manchmal an Takt gefehlt hat.

werden hier die lange geschichtliche Entwicklung dieser Staaten und die großen Unterschiede zwischen ihnen außer Acht gelassen. Natürlich gibt es auch große Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten Nordamerikas, aber der Unterschied zwischen, sagen wir, Virginia und Pennsylvania ist nichts im Vergleich zu dem zwischen Frankreich und Deutschland oder Holland und Italien. Es ist schwer, die Verschmelzung der Souveränitäten von mehreren Staaten zuwege zu bringen, und ihr Vorteil könnte durch den Verlust der charakteristischen Eigenarten, die die europäische Szene so mannigfaltig erscheinen lassen, aufgehoben werden. Ich möchte nicht unterlassen hinzuzufügen, daß auch die Engländer oft dem gleichen Fehler verfallen und glauben, daß die öffentliche Meinung in den östlichen Staaten repräsentativ ist für die Meinung des Mittleren Westens, der Südstaaten und Kaliforniens.

Ich schreibe dies nicht, um spitzfindige Kritik zu üben, sondern ich versuche, einige der unvermeidlichen Folgen aus geschichtlichen und geographischen Gegebenheiten aufzuzeigen.

Nehmen wir ein anderes Beispiel. Für einen Amerikaner ist es, glaube ich, unmöglich, ganz die Gefühle des französischen Volkes hinsichtlich Deutschlands zu verstehen. Im Verlaufe von nur 80 Jahren machten die Franzosen drei große Kriege mit Deutschland durch mit langen Besatzungsperioden. Diese Tatsachen können sie nicht vergessen. Unvermeidlich begegnen sie jeder Anregung auf Wiederbewaffnung ihres alten Feindes mit dem größten Mißtrauen. Belgien ergeht es nicht anders und in einem geringeren Maße auch Holland und den Skandinavischen Ländern. Selbst in England, das keine Invasion erlebte, erinnern wir uns noch sehr lebhaft des „Blitzkrieges“, und wir sehen in London und in vielen anderen Städten von Bomben verwüstete

Teile und Ruinen, die uns immer daran erinnern, was wir gelitten haben. Ich kenne die großen Opfer an Menschen, die Amerika auf den westlichen und östlichen Kriegsschauplätzen brachte, sehr genau, aber weder wurde der Boden Amerikas von einer Invasion betroffen, noch wurden seine Häuser zerstört. Dieser Erfahrungsunterschied bestimmt zweifellos die Standpunkte der beiden Völker mit.

Wenden wir uns einem anderen Gebiet zu — und zwar dem Mittleren Osten und im besonderen der mohammedanischen Welt. Jahrhunderte hindurch waren wir eng mit der Türkei, mit Ägypten, den arabischen Ländern und mit Pakistan verbündet. Viele von uns haben in diesen Ländern gelebt. Es gibt englische Familien, die mit pakistanischen seit Generationen befreundet sind. Es ist ganz natürlich, daß wir viel Verständnis für diese Völker haben und daß sie ihrerseits uns verstehen. Selbst den besten Willen vorausgesetzt ist es denjenigen, die diese enge Verbindung nicht hatten, unmöglich, die Dinge im gleichen Lichte zu sehen. Amerikaner äußerten die Ansicht, daß die moslemische Welt eine Einheit wäre, wobei sie die Differenzen zwischen den Sunniten und Schiiten und die lange Geschichte der türkisch-arabischen Beziehungen außer Acht ließen. Ich hatte manchmal den Eindruck, als ob die englisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten über die in diesem Gebiet einzuschlagende Politik ihren Ursprung in der Ansicht mancher Amerikaner haben, daß der englische Standpunkt von imperialistischen Auffassungen bestimmt wird, während er jedoch sehr oft seine Wurzeln in der ausgedehnten Kenntnis von der Vergangenheit und der Gegenwart der Völker in jenem Teil der Welt hat.

Es fällt noch eine andere etwas heikle Tatsache ins Gewicht. Die amerikanische Nation setzt sich aus vielen Rassen zusammen, aber nicht alle Rassen sind zu gleichen Teilen vertreten. Es gibt zum Beispiel mehr Italiener als Jugoslawen, sehr viele Juden und praktisch keine Araber. Es ist nur natürlich, daß Italiener und Juden in Amerika mehr Einfluß haben mögen als ihre Rivalen. In der Zeit der Wahlen sind sie in der Lage, ihren Ansichten Gehör zu verschaffen, und es ist unvermeidlich, daß die Parteiführer auf sie hören. Die Wahlen sind nahe und die internationalen Verwicklungen weit entfernt, so dürften interne Überlegungen vor denen der auswärtigen Beziehungen den Vorrang erlangen.

## Die chinesische Frage

Wenden wir uns nun dem Fernen Osten und im besonderen der chinesischen Frage zu. Auch hier müssen wir in Betracht ziehen, wie Meinungen durch geschichtliche und geographische Erwägungen beeinflußt werden. Wir haben seit langem Handelsbeziehungen mit China; und viele Chinesen leben unter der englischen Flagge in Malaya und in anderen Gebieten. Viele Jahre haben wir asiatische Völker regiert. Die Amerikaner ihrerseits sandten Jahre hindurch viele Missionare nach China und gewährten dem chinesischen Volk große materielle Hilfe. Es ist da

noch ein anderer Punkt, den die Engländer meistens nicht richtig einzuschätzen wissen, nämlich, daß der Westen Amerikas über den Pazifik, nur über ein paar verstreute Inseln hinweg, nach China schaut. Es kommt noch hinzu, daß die Amerikaner im Kriege gegen Japan die schwerste Last trugen und die Erinnerung an Pearl Harbour haben. Daher sind sich die Amerikaner in größerem Maße der Gefahr einer starken feindlichen Macht an der Ostküste des Pazifik bewußt.

Bis noch vor kurzem war England eine große asiatische Macht und ist heute im englischen

Commonwealth der auf gleicher Stufe stehende Partner dreier großer asiatischer Länder — Indiens, Pakistans und Ceylons. England hat noch koloniale Besitzungen in Asien. Daher ist es noch in gewissem Sinne in Asien verankert. Trotz seiner Verbindungen mit den Philippinen sind die Vereinigten Staaten keine asiatische Macht, doch da sie auf dem Nachbarkontinent leben, werden sie von allem, was sich in Asien ereignet, betroffen.

England wirft bei Betrachtung des chinesischen Problems seine Erfahrungen mit anderen asiatischen Ländern in die Waagschale. Nun ist eines der bedeutendsten Ereignisse dieses Jahrhunderts die Entstehung des asiatischen Nationalismus. Ich bin der Ansicht, daß die Entwicklung Japans zur Großmacht um die Jahrhundertwende einen der Antriebsfaktoren bildete; ein anderer war die Erziehung junger Asiaten auf europäischen und amerikanischen Universitäten, besonders aber auf letzteren, wo sie natürlich die Grundsätze der Unabhängigkeitserklärung in sich aufnahmen. Dies war der Beginn vom Ende des Kolonialismus in Asien. Die nationalistische Bewegung in Indien breitete sich kraftvoll aus; und schließlich erhielten vier große Länder in Asien unter einer englischen Labour-Regierung ihre Unabhängigkeit. Zwei große Kriege beschleunigten die Forderung nach Unabhängigkeit. Die Erfahrung hat bewiesen, daß, wenn dieser Forderung nicht rechtzeitig entsprochen wird, die vernünftigen Menschen beiseitegedrängt werden und die extremen Elemente das Steuer in die Hand nehmen. Gerade in einer solchen Situation findet der Kommunismus seine Chance. Der Kommunist ist immer bereit, sich der Sprache der Freiheit und der Demokratie zu bedienen, um die Völker umso besser versklaven zu können. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß der Kommunismus in Indien die Macht an sich gerissen hätte, wenn nicht rechtzeitig gehandelt worden wäre. Ich bin auch der Meinung, daß die Holländer in Indonesien gerade zur rechten Zeit handelten. Ich glaube, daß die Franzosen in Indochina zu lange zögerten und nun hier durch einen langen und erschöpfenden Krieg bestraft werden.

Welche Bedeutung hat dies nun für die englisch-amerikanische Verständigung? Ich halte es von außerordentlicher Wichtigkeit im Hinblick auf die Haltung, die gegenüber der Volksregierung Chinas einzunehmen ist.

Der Kampf zwischen der Kuomintang-Partei-clique unter Chiang Kai-shek und den Kommunisten endete mit dem vollständigen Siege der letzteren. Was von Chiang's Streitkräften übrig blieb, überlebte in Formosa, was sie nur dem Schutze der Vereinigten Staaten verdanken. Nach meinem Dafürhalten war der Sieg nur eine Folge der Korruption des alten Regimes und der Tatsache, daß der Kommunismus etwas zu bieten hatte, was die Masse des chinesischen Volkes ansprach. Die Anzeichen sprechen dafür, daß da, wo die Kommunisten im Verlauf des Bürgerkrieges an Boden gewannen, sie die Masse des Volkes mit neuer Hoffnung erfüllten. Schließlich war es klar, daß die Kommunisten die tatsächlichen

Herrscher Chinas geworden waren, und die britische Regierung erkannte dies als Tatsache an, obgleich sie ganz und gar gegen den Kommunismus eingestellt ist. Die Vereinigten Staaten nahmen einen anderen Standpunkt ein, wozu sie durchaus berechtigt waren. Die Unstimmigkeiten zwischen England und den Vereinigten Staaten entstanden über der Frage der Vergabe des Sitzes, der im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen China zugesprochen war. Es war in der Hauptsache Präsident Roosevelt zuzuschreiben, daß dieser Sitz China als einer Großmacht zugesprochen worden war. Zu jener Zeit war es sicherlich keine. Es war schwach und wurde von inneren Kämpfen zerrissen. Ich hielt die Entscheidung damals für unklug. Jetzt, wo China mächtig geworden ist, wird der Sitz von dem Vertreter einer entmachteten Partei eingenommen. Der Volksregierung würde dieses Recht verwehrt, weil es eine kommunistische Regierung war, und zwar noch bevor überhaupt nur die Rede von der Aggression in Korea war. Die unvermeidliche Folge davon war, daß die chinesische Regierung sich nur enger an Rußland, seinen alten Freund, angeschlossen, und die kommunistische Macht gestärkt wurde, weil der Kommunismus jetzt eine Stärkung durch den Nationalismus erfährt. Der Chinese fühlt sich beleidigt, weil Amerika China den ihm von Rechts wegen zustehenden Platz in den Gremien der Welt verwehrt.

Ich halte die amerikanische Haltung für unklug. Sie ähnelt der kurzsichtigen Haltung der englischen Regierung nach dem ersten Weltkrieg, als diese Kolchak und die Reaktionäre gegen die Bolschewiken unterstützte und damit Lenin zur Unterstützung durch den russischen Nationalismus verhalf. In der Geschichte gibt es noch andere Vorbilder, wie zum Beispiel die Unterstützung der Emigranten gegen die französischen Revolutionäre, Ende des achtzehnten Jahrhunderts. Man kann sich leicht ausmalen, was Amerika zur Zeit der Revolution gesagt hätte, wenn europäische Mächte eine feindliche Regierung in, sagen wir, Bermuda gegen Präsident Washington unterstützt hätte.

Ich halte es für möglich, daß der Koreakrieg nie begonnen worden wäre, wenn China seinen Sitz in den Vereinten Nationen erhalten hätte. In asiatischen Ländern spielt die Frage der Selbstachtung oder der Wahrung des „Gesichts“ eine außerordentliche Rolle. Die Weigerung, die tatsächliche Regierung Chinas anzuerkennen, beleidigte die Selbstachtung des chinesischen Volkes.

Wir in England erkennen ebenso klar wie das amerikanische Volk die Gefahr des Kommunismus, doch sind unsere Ansichten über den ihm gegenüber einzuschlagenden Weg verschieden. Ich halte es für unwahrscheinlich, daß die Chinesen als altes Kulturvolk die ganze kommunistische Lehre schlucken. Noch weniger glaube ich, daß China bereit ist, ein gelehriger Satellit Rußlands zu werden. Je weitgehender China aus der westlichen Welt ausgeschlossen und gezwungen wird, sich mit Rußland zu verbünden, je größer ist der Machtzuwachs für seine kommunistischen Herren. Je intensiver der Kontakt mit der west-

lichen Welt ist, desto geringer ist die Gefahr einer Integration der großen asiatischen Masse in einen kommunistischen Block.

Ich bin der Ansicht, daß der Volksregierung der chinesische Sitz im Sicherheitsrat gegeben werden sollte, sobald sie mit der Unterstützung der Aggression aufgehört hat. Ich hoffe, daß dann der Versuch gemacht wird, die Fernostangelegenheiten wirklich zu regeln. Ich verstehe vollkommen die amerikanischen Befürchtungen, daß Korea und Formosa zu vorgeschobenen Stützpunkten für einen kommunistischen Angriff auf den amerikanischen Kontinent werden könnten; doch habe ich das gleiche Verständnis für den Standpunkt der chinesischen Regierung, die beide Gebiete für Stützpunkte hält, von denen aus eine feindliche Macht ihren Angriff auf China unternehmen könnte. Der Angriff Japans gegen die Vereinigten Staaten ist diesen noch in lebhafter Erinnerung, aber auch China erinnert sich noch des japanischen Krieges, der von eben diesen beiden Stützpunkten aus gestartet wurde. Nach meiner Ansicht gibt es nur eine Lösung, und das ist ihre Neutralisierung.

Ich bin überzeugt davon, daß es für den Frieden der Welt von wesentlicher Bedeutung ist, sorgfältig alles zu vermeiden, was Asien gegen den Westen aufbringen könnte. Der Kolonialismus ist tot, doch bleibt auch bei dem neuen Verhältnis zwischen den asiatischen Völkern und dem Westen noch unendlich viel Arbeit übrig, nämlich die Hebung des östlichen Lebensstandards. Nach meiner Ansicht ist dies der beste Weg, die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern.

Auch hier macht sich meiner Meinung nach ein gewisser Unterschied in den englischen und amerikanischen Ansichten bemerkbar. Die Amerikaner neigen dazu, die Dinge in schwarz und weiß zu sehen, während wir graue Schattierungen bemerken. Viele Amerikaner werfen zum Beispiel gerne alle linksgerichteten Bewegungen in einen Topf. Sie machen keinen Unterschied zwischen demokratischem Sozialismus und Kommunismus. Manche von ihnen blicken mit Abscheu auf eine Einstellung, die wir für einen sehr gemäßigten Liberalismus halten. Dieser absolute Standpunkt hat seine Parallele in der Haltung einiger links gerichteter Leute, die jede nicht sozialistische Regierung für faschistisch oder reaktionär halten. Links- und Rechtsextreme haben hier die gleiche Grundeinstellung; der eine hält alles, was ihm nicht paßt, für schwarz und der andere für rot.

Unglücklicherweise wird in der Presse den extremen Standpunkten so viel mehr Beachtung geschenkt als den vernünftigen Leuten. Amerika erfährt die anti-amerikanischen Ansichten eines englischen Schriftstellers oder Redners, ohne sich klar zu machen, daß er nur die Ansicht einer kleinen Minorität vertritt, während wir mit Nachrichten über die Rede irgendeines Senators überschüttet werden, der in seinem eigenen Lande nicht gerade sehr geschätzt wird.

## Die Haltung der Labour-Partei

Bisher bemühte ich mich, einen allgemeinen Überblick über die Gründe für die Mißverständnisse zwischen den beiden Völkern zu geben, ohne dabei besondere Anspielungen auf irgendeine politische Partei zu machen. Doch jetzt möchte ich ein paar Worte über meine eigene Partei hinzufügen. Die Labour-Partei ist nicht anti-amerikanisch, und wenn einige Labour-Anhänger gegenüber den Vereinigten Staaten voreingenommen sind, so handelt es sich hier nur um eine kleine und unwichtige Gruppe; doch gebe ich zu, daß sich in letzter Zeit in den Reihen der Partei eine gewisse Unruhe bemerkbar macht.

Die britische Labour-Partei ist keine marxistische Partei. Ihre Anschauungen beruhen eher auf christlichen Grundsätzen als auf wirtschaftlichen Dogmen. Unter ihren Führern und Förderern befinden sich bekannte Vertreter aller Kirchen, die römisch-katholische Kirche einbegriffen. In der Labour-Regierung befanden sich drei Katholiken. Die Labour-Partei war immer demokratisch und, in weitestem Sinne, liberal. Es ist betrüblich feststellen zu müssen, daß mancher Amerikaner, und sogar Amerikaner in hohen Stellungen, nicht zwischen Kommunismus und demokratischem Sozialismus unterscheiden.

Die Labour-Partei ist sozialistisch und glaubt weitgehend an Staatseigentum und Kontrollen. Sie arbeitet auf eine klassenlose Gesellschaft und auf eine größere soziale Gerechtigkeit hin. Diese Anschauungen werden von den meisten Amerikanern nicht geteilt, die Anhänger des kapitalistischen Systems sind und die außerordentlich

ungleichmäßige Verteilung der Güter nicht mißbilligen. Aber die verschiedenen Ansichten über soziale und wirtschaftliche Fragen hindern uns nicht daran, in unseren Auffassungen über den Wert der einzelnen Persönlichkeit, der Demokratie, der Freiheit und der absoluten moralischen Werte übereinzustimmen.

Beiläufig möchte ich erwähnen, daß die sozialistische Partei in einigen der demokratischen Länder Europas und Australiens stark ist — und in einigen Fällen an der Macht sitzt.

Die offensichtliche Härte des Senators McCarthy und derjenigen, die seinen intoleranten Standpunkt teilen, haben uns, und wie ich weiß auch viele Amerikaner, daher beunruhigt. Natürlich hat jeder Staat das Recht, sich selbst gegen Personen zu verteidigen, die seine Institutionen gewaltsam umstürzen wollen, oder die tatsächlich den Interessen einer feindlichen Macht dienen. Aber es besteht die Gefahr, daß diejenigen, die vorgeben, die Freiheit zu verteidigen, die Freiheit selbst opfern. Diejenigen, die wünschen, England und Amerika zu entzweien, sagen, „Ihr erklärt, in der Sache der Freiheit zusammenzuhalten, aber seht euch die Hexenjagd in Amerika an“. Mancher Engländer fällt auf dieses Argument herein. 40 Jahre lang hat die Labour-Partei den Kommunismus in England bekämpft und trotz Krieg und wirtschaftlicher Depression hat der Kommunismus überhaupt keinen Erfolg zu verzeichnen.

Eine andere Schwierigkeit erblicken wir in der Unterstützung von Persönlichkeiten, die wir für

undemokratische Reaktionäre halten, wie Chiang Kai-shek, Syngman Rhee und General Franco. Wir wissen, daß man auf dem internationalen Felde sich nicht immer die Verbündeten aussuchen kann, doch halten wir die Gefahr einer gewissen Geringschätzung demokratischer Bündnisse für gegeben.

Wie ich schon betonte, wünsche ich eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen England und Amerika. Ich habe die zwischen ihnen bestehenden Schwierigkeiten offen aufgezeigt, doch beeinträchtigen sie nicht ernsthaft ihre weitläufige Übereinstimmung. Im Gedankengut der Labour-Partei gibt es eine ganze Skala von Anschauungen, idealistische, anti-imperialistische, gegen Privilegien gerichtete und die soziale Reform betreffende, die von vielen Amerikanern geteilt werden. Diese Anschauungen entstammen tatsächlich der gemeinsamen Erbschaft der christlichen Ethik. Schwierig ist es nur, den persönlichen Kontakt zwischen gleichgestimmten Personen herzustellen. Die Zahl der Labour-Anhänger, die Amerika besuchen können, war und ist zu jeder Zeit durch finanzielle Erwägungen sehr begrenzt, und die Dollar-Situation vermehrt noch die Schwierigkeit. Zweifellos trifft das gleiche, wenn auch in geringerem Maße, auf die Amerikaner zu. Doch kann eben nur durch gegenseitigen Besuch das wirkliche Verständnis zwischen den unprivilegierten Klassen erreicht werden. Ich bin überzeugt, daß das gegenseitige Verstehen von wesentlicher Bedeutung für die Erhaltung unseres demokratischen und freien Lebens ist.

---

### Anmerkung des Herausgebers:

In der Ausgabe B IV/54 vom 3. Februar 1954 ist in dem Aufsatz von Prof. Dr. Paul Egon Hübinger: „Abendland, Christenheit, Europa“ ein Druckfehler unterlaufen. Auf Seite 39, linke Spalte, Absatz 3, muß es heißen: „d o n aufwärts“ und nicht „d o n a u aufwärts“.

## FRANCISCO FRANCO

## Spanien und USA

Mit Genehmigung des Verlages übernehmen wir aus der Schriftenreihe der Hochschule für Politische Wissenschaften, München, „POLITISCHE BILDUNG“ (Heft 45), die Botschaft des Generals und spanischen Staatschefs Francisco Franco, die er aus Anlaß der Überreichung der Verträge zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Spanien an die Cortes der Nation gerichtet hat.

## An die Cortes der Nation!

Indem ich den Cortes der Nation den Text der von meiner Regierung mit den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossenen Verträge überreiche, der den wichtigsten Markstein unserer gegenwärtigen Außenpolitik darstellt, möchte ich gleichzeitig die bedeutsamsten Gründe und Voraussetzungen darlegen, die zu diesen Verträgen geführt haben, welche zweifellos von tiefgreifendem Einfluß auf die künftige Entwicklung unseres Vaterlandes sein werden.

Die Außenpolitik der nationalen Bewegung während des Kreuzzuges, während des zweiten Weltkrieges und in der schwierigen Nachkriegszeit, die wir gegenwärtig durchmachen, hat immer eine klare, redliche Linie verfolgt: Sie stand im Dienste der Würde, der Größe und des Fortschrittes der Nation, indem sie sich in loyaler Weise zum Interpretieren des Verlangens unseres Volkes nach staatlicher Erneuerung machte. Die Umsicht und Festigkeit, mit denen wir während unseres Kreuzzuges bemüht waren, drohende Konfliktsituationen, die sich später ungünstig auf unsere guten Beziehungen zu den anderen Völkern hätten auswirken können, zu vermeiden, erlaubten es uns den inneren Kampf zu beenden, ohne daß unsere traditionellen Beziehungen zu den verschiedenen Nationen eine Beeinträchtigung erfahren hätten.

Nachdem, einige Monate darauf, gegen unser Interesse und zu unserem Schaden der zweite Weltkrieg ausgebrochen war, hielt Spanien, trotz aller Wechselfälle des Krieges, während dessen Dauer die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Nationen aufrecht. Als der Krieg sich, zu Wasser und zu Lande, unseren Grenzen näherte, schlossen wir, zur Verteidigung des Friedens und der Integrität unserer Halbinsel, die Verträge mit der portugiesischen Nation, die so wesentlich zur gegenseitigen Durchdringung und zum Frieden zwischen unseren beiden Völkern beigetragen haben.

## Schwierigkeiten und Gefahren der Nachkriegszeit

Mit klarem Blick sahen wir sowohl die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit voraus als auch die immer drohender heraufziehenden Gefahren für den Okzident. Angesichts dieser unvermeidlich herannahenden Gefahren versuchten wir, die notwendige Verständigung zwischen den europäischen Nationen zu fördern und unsere Beziehungen zu Großbritannien zu klären, von dem wir hofften — auf Grund des traditionellen Realismus seiner Politik und der von uns bewunderten Tapferkeit seiner Jugend, besonders zur See und in der Luft — daß es, sobald der Friede einmal da wäre, ein konstruktiver Faktor in dem Werk der europäischen Einigung sein würde. Wir glaubten, daß man aus dem Kriege die entsprechenden Lehren ziehen würde und daß die Imperialismen von gestern sich in praktische Maßnahmen zur Herbeiführung der Gerechtigkeit, des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen den einen gemeinsamen geographischen Raum bewohnenden Nationen verwandeln würden. Und so waren wir bestrebt, den bedeutendsten Nationen des

Okzidents noch vor dem Ende des großen Konfliktes unsere Absichten angesichts der in absehbarer Zeit herannahenden Ereignisse bekanntzugeben.

Den gestern noch imperialen Nationen fällt es schwer, das Szepter ihrer Privilegien aus der Hand zu geben. Dies erklärt ihren immer noch hartnäckigen Widerstand und das Fehlen des vollen Einsatzes für den von der gegenwärtigen Stunde geforderten Dienst an dem allgemeinen Interesse. In der so gekennzeichneten allgemeinen Lage galt es nun für die auswärtige Politik Spaniens, eine klare spanische Linie zu verfolgen. Ich brauche nicht an die Blindheit zu erinnern — denn sie ist uns noch allen gegenwärtig —, mit der unsere Vorschläge aufgenommen wurden. Schon nach wenigen Monaten mußten wir feststellen, daß sich an der alten Mentalität des Okzidents nichts geändert hatte und daß man Spanien bei seiner Fahrt durch das stürmische Meer der Nachkriegszeit allein ließ. Es wurden in diesen Jahren so viele Fehler begangen, die den Verkauf und die Auslieferung von Völkern zur Folge hatten, daß wir uns glücklich schätzen müssen, nicht im geringsten für die Vasallenlage, in die so viele europäische Nationen geraten sind, verantwortlich zu sein. Die Teilung Europas in Sieger und Besiegte, seine Zerrissenheit infolge der wachsenden Macht und des unersättlichen sowjetischen Ehrgeizes zwang uns in unserem Verhältnis zu Europa notgedrungen eine abwartende Haltung auf.

## Spaniens Sympathie für die jungen Nationen

Die national spanische Bewegung, erfüllt von einem jugendlichen, zukunftsfreudigen Geiste, mußte notwendigerweise bei vielen Völkern unseres Kontinents auf deren Egoismus stoßen und auf Mangel an Verständnis. Dies erklärt die Sympathie, die unser Volk den jungen Nationen entgegenbringt, die durch so viele historische Bande mit ihm verknüpft sind, und auch die Tatsache, daß es — bei aller Notwendigkeit des materiellen Zusammenschlusses, die unsere Zeit kennzeichnet — über die materielle Macht hinaus in erster Linie den Idealismus und die Jugend des Volkes der Vereinigten Staaten hochzuschätzen weiß, dessen Gesicht durch eine böswillige Propaganda so sehr entstellt wird, das aber, wenn es darauf ankommt, in Europa, in Asien, viele tausend Meilen von seiner Heimat entfernt, in ehrenhafter Pflichterfüllung für seine Ideale zu sterben versteht.

Daß die Völker nicht ohne Außenpolitik leben können, liegt auf der Hand. Die Tatsache, daß es im Leben unseres Volkes keine internationale Politik gab, daß man auf eine Wirkung nach außen verzichtete, ist die sehr weit zurückreichende geschichtliche Ursache für unser nationales Elend in den letzten Jahrhunderten und der Grund, weswegen man die großen Dienste, die unser Vaterland im Laufe der Geschichte den anderen Völkern erwiesen hat, allmählich vergessen hat. Wie wenige Menschen gibt es zum Beispiel in den Vereinigten Staaten, die das Ausmaß kennen, in dem in den Anfängen der nordamerikanischen Freiheits-

bestrebungen die spanische Nation militärisch und wirtschaftlich zur Unabhängigkeit ihres Landes beigetragen hat.

#### Neue Formen übernationalen Lebens

Heute tauchen am internationalen Horizont neue Formen übernationalen Lebens auf, hervorgerufen durch Verhältnisse aller Art und den Imperativ der gemeinsamen Verteidigung. Diesem Zeichen der neuen Zeit hat die auswärtige Politik der Nationen Rechnung zu tragen. Sie muß sich von den alten Begriffen und den Kirchturmnationalismen freimachen, die mit den Erfordernissen der gegenwärtigen Stunde unvereinbar sind. Die Zivilisation hat sich in einem so gewaltigen Tempo fortentwickelt und das universale Denken ist so weit fortgeschritten, daß die Unterwerfung einer Nation unter eine andere oder die Abhängigkeit der einen von der anderen schon als unannehmbar empfunden wird. Eines ist die berechtigte Führerschaft und Autorität, die sowohl in der Gesellschaft als auch unter den Nationen immer der Begabteste ausübt, und ein Anderes die Anmaßung, mit Gewalt Privilegien verewigen zu wollen, die in unserer Zeit nicht mehr am Platze sind. Die Ausdehnung des Schauplatzes, auf dem sich heutzutage die kriegerischen Konflikte abspielen, macht die Politik der Isolation, in der sich früher viele Staaten verkapselten, unmöglich. Die modernen Auseinandersetzungen kennen nur noch totale Kriegsziele. Die Kriegführenden lassen sich von Erwägungen moralischer Natur oder durch die Achtung vor Rechten und Souveränitäten, wenn diese nicht durch Macht gestützt sind, nicht mehr aufhalten. Wenn in Friedenszeiten das moralische Argument noch eine Rolle spielt, so tut es dies, sobald der Krieg entfesselt ist, nicht mehr. Der Imperativ des Sieges um jeden Preis stumpft das Gewissen der Kämpfenden ab.

#### Die Gefahr des Angriffes aus dem Osten

Kein Mensch kann sich vorstellen, daß ein Angriff aus dem Osten, dessen drohende Gefahr von niemandem geleugnet wird, an unseren Grenzen freiwillig haltmachen würde. Das hieße die Ziele verkennen, die der sowjetische Kommunismus verfolgt, unter denen, wie die vergangenen Ereignisse gezeigt haben, unser Vaterland mit an erster Stelle figuriert. Die Tage liegen noch nicht so weit zurück, in denen Moskau in der roten Zone Spaniens die Macht hatte, und die späteren, in denen der Angriff gegen unsere Nation in jeder Form vorgetragen wurde, von der Verschwörung internationaler Kreise bis zum offenen Angriff auf unsere Grenzen und der Absicht, in unserem Territorium Herde des Terrorismus zu schaffen, die die verdienten Kräfte unserer Guardia Civil schon in ihren Anfängen erstickten. Diese Absichten werden in den Radiosendungen, die aus dem sowjetischen Territorium kommen, noch immer laut verkündet. Die Verteidigung des Okzidents gegen die kommunistische Aggression ist also für uns ebenso wichtig oder noch wichtiger als für die Vereinigten Staaten. Nachdem man sich über die drohende Gefahr einig war, stellte sich uns die Frage folgendermaßen:

Könnten wir mit unseren eigenen Mitteln, ohne Hilfe von außen, unsere Nation gegen die kommunistische Aggression sichern? Und falls dieses Desideratum möglich wäre, wieviele Jahre würden wir brauchen, um es zu erreichen?

Erlaubt die Lage unserer Wirtschaft und unsere Zahlungsbilanz, ohne Inanspruchnahme ausländischer Kredite, zugleich den Erfordernissen unseres wirtschaftlichen Wiederaufstieges und denen unserer Verteidigung zu genügen?

Die Antwort kann nicht klarer sein: Wenn Spanien in möglichst kurzer Zeit sich gegen die Aggression von außen sichern will, braucht es die Zusammenarbeit, wie sie in den Verträgen festgelegt wurde.

#### Es ist nicht unsere Absicht, uns von anderen verteidigen zu lassen

Es ist nicht unsere Absicht, uns von anderen verteidigen zu lassen, sondern uns selbst zu verteidigen, indem wir mit der Herrichtung unserer Basen und der Intensivierung unserer Rüstung die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten im Hinblick auf einen eventuellen Angriff fördern.

Spanien kann dem Erfolg oder Mißerfolg der Verteidigung des Okzidents nicht gleichgültig gegenüberstehen. Durch seine Zusammen-

arbeit mit den Vereinigten Staaten wird eine sehr gefährliche Lücke in dieser Verteidigung ausgefüllt. Schon die bloße Bekanntgabe des Zustandekommens des Vertrages zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten stellt einen wichtigen Sieg dar, der gegenüber der kommunistischen Gefahr eine Stärkung des Friedens bedeutet.

Wenn die spanische Nation, indem sie ihrem eigenen Interesse und dem der Verteidigung des Okzidents dient, durch diese Verträge eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika einleitet, so tut sie dies unbeschadet ihrer besonderen Ideologie und im Rahmen ihrer unbestechlichen Souveränität. Sie eröffnet damit eine dauerhafte Politik der Freundschaft mit den Vereinigten Staaten. Die gegenseitige Achtung vor dem Eigentümlichen jeder Nation war von jeher die einzige Basis eines möglichen Zusammenschlusses. Ohne diese Achtung wären die von der internationalen Lage geforderten supranationalen Organisationen unmöglich.

#### Die Bedeutung der Verträge

Wenn diese Verträge auch für einen möglichst raschen Aufschwung unserer Nation auf den verschiedenen Gebieten von gewaltiger Bedeutung und von großem Vorteil sind, so wäre es doch ein Irrtum, wenn jemand sie nun nach dem kalt berechneten materiellen Betrag der geleisteten Hilfe abschätzen wollte. Denn es handelt sich nicht um den Verkauf oder die Abschätzung gewisser Vergünstigungen, sondern darum, unter Berücksichtigung unserer wechselseitigen Bedürfnisse in möglichst vollkommener Weise der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Nationen zu dienen, zum Zweck ihrer Verteidigung gegen die Aggression. Die Zusammenarbeit ist dabei natürlich abhängig von dem Ausmaß der verfügbaren Elemente und gewährten Kredite.

Wenn es Spanien auch gelungen ist, mit eigenen Mitteln die durch den zweiten Weltkrieg verursachte schwere Krise zu überwinden und es heute eine starke und stabile wirtschaftliche Lage aufweisen kann, so ist doch das Tempo seiner Entwicklung gehemmt durch den Mangel an Devisen, die es für seinen Außenhandel benötigt.

Unter diesen Umständen hatte die Notwendigkeit der Inangriffnahme sowohl des wirtschaftlichen Wiederaufbaues als auch der Verteidigung, trotz der Sicherheit, mit der diese Ziele verfolgt wurden, eine gewisse Langsamkeit im Tempo zur Folge, die mit den Notwendigkeiten der gegenwärtigen Stunde unverträglich ist.

Was die Verstärkung und Modernisierung unseres Rüstungspotentials angeht, so ist in dieser Hinsicht sehr viel mit unseren eigenen Mitteln geschehen, aber die technischen Fortschritte sind auf gewissen Gebieten so groß, daß es trotz des industriellen Aufschwunges unseres Landes unmöglich war, gewisse Ziele ohne die technische Hilfe der fortgeschrittenen Nationen rechtzeitig zu erreichen. Das Land, das allen seinen Bedürfnissen selbst genügen kann, ist selten. Die internationale Zusammenarbeit bietet daher beträchtliche Vorteile für die Vervollkommnung unseres Rüstungspotentials.

Um das Tempo des Wiederaufbaues und der Aufrüstung zu beschleunigen, mußte man Spanien natürlich die zur Ausführung der übernommenen Verpflichtungen fehlenden Mittel und Kredite zur Verfügung stellen. Die Zwecke, für die diese Kredite bestimmt sind, die Lücke, die sie in der spanischen Wirtschaft ausfüllen sollen und die Kontrolle, welcher die Investitionen unterworfen sein werden, bieten volle Garantie dafür, daß die Gefahr einer Inflation ausgeschaltet ist. Beachtenswert bei diesen Verträgen ist andererseits die Tatsache, daß es die mächtigste Nation der Erde ist, die Interesse an unserer Verteidigung hat. Ein solches Übereinkommen gewinnt eine besondere Bedeutung, wenn es mit einem Volke getroffen wird wie mit dem spanischen, welches so hohe vaterländische und geistige Werte verkörpert. Daß der feine Instinkt des Volkes der Vereinigten Staaten in diesen entscheidenden Jahren den hervorragenden, in Krieg und Sieg erprobten General Eisenhower an die Spitze des Staates gestellt hat, ist eine Garantie dafür, daß er mit fester Hand die Ideale des Friedens und der Gerechtigkeit, die die Völker ersehnen, verteidigen wird.

### Verstärkung des iberischen Blockes

Die von der spanischen Nation unterschriebenen Verträge verstärken auf der anderen Seite den strategischen Block unserer Halbinsel, der durch den Freundschafts- und Nichtangriffspakt mit Portugal im Jahre 1939 (und die zusätzlichen Protokolle von 1940 und 1948) geschaffen wurde, um den Frieden in diesem vorgeschobensten Teile des Okzidents zu sichern.

Sollte etwa die Ungleichheit der von jedem der beiden Länder eingegangenen Verpflichtungen — da ja Spanien heute einen ähnlichen Vertrag unterzeichnet wie ihn Portugal zu dem gleichen Zweck mit den Nationen des Atlantikpakt abgeschlossen hat — eines Tages zum Konflikt mit unserem iberischen Freundschaftspakt führen und sich diesem unterwerfen müssen, so wird die geographische und strategische Einheit der iberischen

Halbinsel sich als weitere Verstärkung der mit den Vereinigten Staaten geschlossenen Verträge erweisen, denn die iberische Halbinsel besitzt als Ganzes einen noch größeren Verteidigungswert.

Auf diesem gegenwärtigen Höhepunkt unserer Außenpolitik wollen wir es nicht unterlassen, auch jener Nationen gemeinsamer Rasse zu gedenken, die in schwieriger Zeit treu an unserer Seite gestanden haben.

Indem ich dem spanischen Volke über die Cortes der Nation die Früchte der Außenpolitik dieser ersten Etappe darreiche, möchte ich die Bedeutung hervorheben, die für dieses Resultat das von ihm wiederholt zum Ausdruck gebrachte Vertrauen gehabt hat und die zwischen den Menschen und allen Landesteilen Spaniens herrschende Einheit und Einigkeit. Ohne diese Einheit und Entschlossenheit eines Volkes, das so hohe geistige Werte verkörpert, hätte uns unsere strategische Lage und die Tatsache, daß man uns brauchte, wenig genützt.

# POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- |   |  |
|---|--|
| Abdel Megid Amin „Deutsche Orientpolitik heute“                                       | P . . . „Zwischen Amerika und Rußland — aus indischer Sicht“                             |
| Bernhard Brodie „Atomwaffen: Strategie oder Taktik“?                                  | Prof. Dr. Gerhard Ritter „Das Problem des Militarismus in Deutschland“                   |
| Alfred Joachim Fischer „Siegt Atatürk über das Grab hinaus?“                          | Dr. von Thadden-Trieglaff „Der politische Auftrag der Protestanten in Europa“            |
| Fritz von Globig „Der verhinderte Pazifikpakt“  | Bertram D. Wolfe „Der Kampf um die Nachfolge in der Sowjetunion“                         |
| Kurt Georg Kiesinger „Haben wir noch den Bürger? Die Problematik des Parteienstaates“ | Eine Zusammenstellung der aktuellen politischen Literatur „Im Brennpunkt Zeitgeschichte“ |
| Bernard Lewis „Kommunismus und Islam“   |  |
| Dr. Gerhard Lützens „Die geistige und soziale Entfremdung zwischen Ost und West“      |  |

Die Verantwortung für die einzelnen Beiträge der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ liegt ausschließlich bei dem jeweiligen Verfasser. Nachforderungen einzelner Beilagen sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten, während Bestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ über die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu leiten sind.